

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Zeitungspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter dem Titelband desogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 30.

Die adreßirte Postanweisung über dem Raum höher 3.- M. einschließlich Ertragszuschlag. Klein-Anzeigen: Das Jahrbuch des Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Ertragszuschlag. Einmalige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. extra pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das Jahrbuch des Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# STREIF

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Spannung zwischen England und Frankreich

#### Die Differenzen in der ober-schlesischen Frage

Der Vergleich der Meldungen aus London und Paris läßt deutlich erkennen, daß die Note der französischen Regierung an Deutschland nicht den ungeteilten Beifall der englischen Regierung gefunden hat. „Daily Express“ versichert sogar, von zuständiger Seite gehört zu haben, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die ober-schlesische Frage eine zunehmende Spannung eingetreten sei. Die britische Regierung weigere sich rundweg, weitere Truppen zu entsenden, da sie davon überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe. Der Londoner Korrespondent des „Matin“ bestätigt diese Auffassung durch die Mitteilung, daß die englische Kommission in Opatowitz mit ihrer Note richtig geschiedet habe und daß ein energisches Auftreten der Alliierten erforderlich sei. Jedoch müsse betont werden, daß auf jeden Fall ein enges Zusammenwirken zwischen Frankreich und England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times“ bedauern lebhaft, daß im vorliegenden Falle die Alliierten durch irgendwelche unerklärbaren Fehler in der diplomatischen Maschinerie verhindert worden seien, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, so wie ihn die gegenwärtige belästigte Lage erfordere. Der „Matin“ nimmt an, daß heute die englische Regierung zu der französischen Note Stellung nehmen werde.

In der gestrigen Unterhaus-Sitzung erklärte Lloyd George auf eine Anfrage, daß die gegen Deutschland beschlossenen Sanktionen einen der Gegenstände der nächsten Beratungen des Obersten Rates bilden würden. Dazu bemerkt der „Matin“:

Wenn dieses der einzige Zweck der Sitzung des Obersten Rates ist, die bestehenden Sanktionen abzuändern, wäre es für die französische Regierung überflüssig, sich an dieser Sitzung zu beteiligen. Dasselbe Blatt meldet aus London, daß der französische Geschäftsträger bei der Uebertretung der Note Brlands in London vom „Foreign Office“ Antwort auf folgende zwei Fragen erbeten hatte: Stimmt die englische Regierung zu, daß in Berlin bei der deutschen Regierung durch die Vorkriegszeit Frankreichs und Englands ein gemeinsamer Schritt unternommen werde? Stimmt die englische Regierung einer Vermehrung der Streitkräfte in Oberschlesien zu, wie es Brland verlangt? Eine Antwort ist der französischen Botschaft in London noch nicht zugegangen. Was den gemeinsamen Schritt Laurents und Lord D'Abernons in Berlin betrifft, so ist das „Foreign Office“ der Ansicht, daß in dieser Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten vorliegen, da der englische Botschafter in Berlin dauernde Instruktionen erhält, sich den von den Alliierten in der Wilhelmstraße gemachten Vorstellungen anzuschließen.

#### Die ober-schlesischen Vereine an Lloyd George

CC. Paris, 19. Juli.

Aus Weutchen wird gemeldet: Die deutschen Vereine in Oberschlesien landten an Lloyd George einen Aufruf, in dem sie ihn bitten, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu berücksichtigen und hinzuwirken, daß, falls der Oberste Rat die Teilung Oberschlesiens beschließen würde, die Deutschen fordern müßten, daß derselbe Grundgedanke auch in Elsaß-Lothringen, Polen und Ostpreußen, soweit dieses ohne Abstimmung an Polen fiel, durchgeführt werden müsse.

#### Korfantys Meinung über Oberschlesien

Korfanty, der Leiter des ober-schlesischen Aufstandes, hat sich von Pariser Zeitungsvertretern ausfragen lassen. Er meinte, daß unter Deutschlands Drohungen das wirtschaftliche Leben Oberschlesiens leide. Für den Obersten Rat gäbe es kein Hindernis, seine Entscheidung zu treffen, und er habe die Ueberzeugung, daß sie gemäß den Ergebnissen der Volksabstimmung gefällt werde. Wie auch der Spruch des Obersten Rates ausfalle, die Deutschen würden sich seinem Willen nicht widersetzen. Die Drohung des Generals Höfer sei nur ein Bluff. Nach der Entscheidung könnten die Besatzungstruppen aus Oberschlesien zurückgezogen werden. Die Deutschen einerseits, die Polen andererseits würden den Teil des Landes in Besitz nehmen, der ihnen zuerteilt würde, und man könnte wieder zu arbeiten beginnen. Die deutschen Industriellen in Oberschlesien würden sich gern den Polen zur Verfügung stellen und nichts anderes wünschen, als wieder in Ruhe arbeiten zu können. Die ober-schlesische Frage müsse rasch geregelt werden, ohne daß das Land dabei eine Art Tauschobjekt bilde. Weirv damit zu warten, sei eine Gefahr für die ganze Welt. Man würde diese reiche Provinz in ein Agitationsfeld verwandeln, das allmählich zu europäischen Verwicklungen führen würde. Wenn die polnischen Nationalisten, als deren Wortführer Korfanty auftritt, die Drohungen der Deutschen nicht fürchten, so sollten sie doch dafür sorgen, daß auch ihre Anhänger in Ober-

schlesien die Entscheidung des Obersten Rates in Ruhe abwarten. Der polnische Aufruf hat aber gezeigt, daß sie dazu keineswegs gewillt sind, und deshalb wird man auch der Versicherung Korfantys, daß sich die Polen dem Spruche der Alliierten fügen würden, nicht ohne weiteres Glauben schenken können.

#### Deutschland und Amerika

##### Besprechungen zwischen Dr. Rosen und Drefel

CC. Paris, 19. Juli.

„Chicago Tribune“ meldet: Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Drefel, hatte aus Washington direkte Weisung, mit dem Außenminister Dr. Rosen über die Frage zu sprechen, welche Friedensbedingungen zwischen Amerika und Deutschland festgelegt werden sollen. Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ erzählt aus Gesprächen mit einer hohen diplomatischen Persönlichkeit, daß die amerikanische Regierung von der deutschen Anregung empfangen wünschte, in welcher Weise der Friedensvertrag am wirksamsten gestaltet werden könnte, da die Beratungen über die Friedensresolution die Situation nur unwesentlich verändert hätten und Deutschland sich somit immer noch in einer komplizierten Lage befinde.

Gemäß den Erklärungen dieses Diplomaten wurde der amerikanische Geschäftsträger durch Washington beauftragt, dem deutschen Auswärtigen Amt zahlreiche Anfragen vorzulegen, doch bezeichnet es die Gewächsperson des Korrespondenten als unrichtig, daß der deutschen Regierung dieherhalb eine offizielle Note übermittelt worden sei. Es wird angenommen, daß der Gedankenaustausch zwischen Drefel und Dr. Rosen die Stellung des Präsidenten Harding in dieser Frage bedeutend erleichtern wird. Der deutsche Diplomat erklärte ferner, daß sich Deutschland bei Unterzeichnung des Versailler Vertrages gegen dieses Dokument ausgesprochen habe, und daß die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten diesen Vertrag nicht ratifiziert haben, den Abschluß eines Sonderfriedens noch schwieriger gefalle. Deutschland blide auf die Vereinigten Staaten als auf die einzige uninteressierte Macht, die an der Ausarbeitung des Friedensvertrages mitwirkte, und Deutschland hoffe deshalb, Amerikas Unterstützung bei der Lösung der Saarfrage, des schlesischen, Danziger sowie anderer Probleme zu finden, die Deutschland für bisher ungelöst ansieht. Es wird erklärt, daß bei den Besprechungen Dr. Rosens mit Drefel diese Fragen nicht von deutscher Seite völlig erörtert werden konnten, da Amerika diese Fragen gemeinsam mit den Ententemächten gelöst hat.

#### Programm für die Abrüstungskonferenz

CC. Washington, 19. Juli.

Gestern morgen fand im hiesigen Staatsdepartement eine Besprechung wegen der Abrüstungskonferenz statt. Dabei wurde dargelegt, daß Präsident Harding nicht die Absicht habe, irgendeine Debatte über das Programm dieser Konferenz zuzulassen, bevor diese nicht selbst zusammengetreten sei. Außerdem wird Harding an Verhandlungen über irgendwelche Differenzen nicht teilnehmen, die sich hinsichtlich der auf der Konferenz zu erörternden Fragen ergeben könnten. Die Stellung der Vereinigten Staaten zu dieser Konferenz ist folgende: 1. Die Vereinigten Staaten werden keinerlei Reglement für die Konferenz aufstellen, sondern rechnen damit, daß dies die Konferenz selbst tun werde. 2. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß vor der eigentlichen Versammlung die Mächte Vereinbarungen treffen werden auf diplomatischem Wege, um, wenn es nötig wäre, die zur Sprache kommenden Probleme genau festzulegen. Jede Nation soll im voraus das Zugeständnis machen, daß, indem sie einer Teilnahme an der Erörterung irgendeines Gegenstandes auf dieser Konferenz zustimmt, sie in keiner Weise auf das Recht verzichtet, die Entscheidung der Konferenz anzunehmen, damit die Selbstständigkeit jedes Volkes bei der Verwirklichung des Grundgesetzes eines gemeinsamen Einverständnisses festgelegt werden kann. Wenn die Vereinigten Staaten im voraus keine der Fragen festlegen lassen, die auf der Konferenz behandelt werden sollen, so behalten sie sich doch das Recht vor, Einspruch zu erheben, falls zahllose Fragen auf die Tagesordnung gelangen, die mit dem bestimmten Zweck der Konferenz in keinerlei Verbindung stehen und somit nur den Erfolg der Konferenz in Frage stellen könnten.

#### Die Frage der Philippinen

London, 19. Juli.

Der New Yorker Correspondent der „Westminster Gazette“ erklärt, von zuständiger Seite erfahren zu haben, Präsident Harding sei einer Einbeziehung der Frage der Philippinen in die Besprechungen der Abrüstungskonferenz nicht abgeneigt. Tatsächlich werde die Unabhängigkeit der Philippinen davon abhängig sein, ob die Mächte sich bereit finden werden, ihre territoriale Unverletzlichkeit zu garantieren.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Tokio, besteht in Japan die Auffassung, daß das Land in der Frage der Washingtoner Abrüstungskonferenz einer Reihe ersten Ranges gegenüberstehe. In dem Lager der Konferenzgegner seien besonders Mitglieder der Diplomatie zu finden.

#### Revolutionierung der Gewerkschaften

##### Zum kommenden Verbandstag der Metallarbeiter in Jena

P. Pl. Eine der wichtigsten Aufgaben der arbeitenden Klasse ist nach dem 9. November 1918 stark vernachlässigt worden. Die Beendigung des fürchterlichsten Völkermordens, die Besitzergreifung der Regierungsgeschäfte nahm die Arbeiterklasse voll in Anspruch und ließ sie die so notwendige gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit beiseite stellen. Das im Anschluß an die Kriegsvorgänge notwendige Ringen der verschiedenen Geistesrichtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ließ im ersten Stadium der Revolution die positive Betätigung eine Zeitlang in den Hintergrund treten. Man diskutierete und stritt mehr oder minder lebhaft und „temperamentvoll“ über die schnellste Art der Revolutionierung der Massen innerhalb der Gewerkschaft, jedoch vielfach ohne sich über die unmittelbar dringenden Notwendigkeiten selbst im klaren zu sein.

Der Kampf der Geister in den Betrieben verflachte schließlich zu einem Streit um die Frage, wer der einzig richtigen revolutionären Partei angehöre. Das rief das Großreden der Industriearbeiter hervor und ließ ihnen Zeit, ihrerseits entsprechende Vorkämpfer zu treffen. Die neue revolutionäre Luft hatte große Massen in die Organisation getrieben. Aber in der Propaganda wurden die alten (vorkriegszeitlichen) gewerkschaftlichen Grundsätze vollständig außer acht gelassen. Unter ganz anderen Gesichtspunkten traten die neuen Mitglieder in die Kämpferreihen. Das zeigte sich bald.

Und seltsam, dieser revolutionäre Hauch erzeugte so viele redgewandte Männer. Überall, allerorts raunte man diese Männer als Propheten des neuen Heils an. Männer, von deren Werken man in der Vorzeit auch rein gar nichts spürte, die in der Vorkriegszeit und während des Krieges noch nicht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation begriffen hatten und seltenerweise gar nicht begreifen wollten, stellten sich jetzt als die richtigen Führer vor. Die neue Zeit machte sie, wie sie sich selbst einredeten, zu Verkündern einer neuen Idee. Und hier rächt sich der Mangel an geschichtlicher Erfahrung, der Mangel an sozialistischem Wissen. Aber derartige konterrevolutionäre Zeug braucht ja ein „wahrhafter Revolutionär“ nicht mehr. Das ist jetzt Trumpf; Logik, auf keinerlei Erfahrung gestützt, soll der neue Ratgeber sein. Und, was geradezu tragisch für den Gang der Entwicklung des Klassenkampfgedankens wurde: durch mehr oder weniger künstlich erzeugten Unwillen und dadurch provozierte Aktionen — die nicht immer das brachten, was zum Teil erhofft, zum Teil prophezeit wurde — setzte eine Verbitterung, eine Hoffnungslosigkeit ein, die die Erledigung zeitgemäßer Geschäfte lähmten.

Das geschah in einer Zeit, in der an die Gewerkschaften völlig neue Fragen herantraten. Ohne Rücksicht auf die neuen Verhältnisse, ohne Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage wurden die Gewerkschaften für alles mögliche zur Verantwortung gezogen. Eine Atmosphäre wurde erzeugt, in der Takt und Anstand erstickten. Die sich daraus bildende „Opposition“ bekam naturgemäß einen stark persönlichen Einschlag. Alles Sachliche wurde als nicht vollständig ironisiert. Dieses erkennen heißt aber dann auch, entschlossen diese für die sozialistische Propaganda gefährlichen Symptome bekämpfen. Nur in solcher Atmosphäre konnten sich die Ignoranten des wissenschaftlichen Sozialismus entwickeln.

Was kümmert diese Leute die Auseinandersetzungen von Marx und Bakunin, der Streit mit Rößt und Hasselmann, der Meinungsstreit zwischen Kassaletanern und Eisenachern, die Bewegung der „Jungen“? Nichts, rein nichts. Und doch ist die neue revolutionäre Lehre in ihren wesentlichen Teilen ein getreuer Abklatsch längst abgetaner Streitfragen. Nur fehlt uns heute ein „Knüppel-Töffe“.

Dieser neuen Lehre ist der Sozialismus in seiner Geschichte wiederholt begegnet. Und immer ist nach längerem theoretischen Streit, als letzte Konsequenz, der wissenschaftliche Sozialismus als Sieger daraus hervorgegangen. Er muß auch für die freie Gewerkschaft der Grundpfeiler sein. Selbstverständlich ist es für den modernen vorwärtsstrebenden Arbeiter, daß nicht unter allen Umständen am „bewährten Alten“ festgehalten wird. Die Gewerkschaft wird sich der Neuzeit entsprechend umstellen müssen. Das wird geschehen auf den maßgebenden Kongressen.

Der Methode des Diskreditierens und Herunterreichens muß endgültig, als der revolutionären Propaganda unwürdig, rücksichtslos begegnet werden. Damit heilen wir eine schwere Wunde, die der lange Brudermord hinterlassen hat. Und damit ist auch die Heilung anderer Kriegswunden in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Es heißt jetzt vor allem, Vertrauen zur Sache zu fassen, Vertrauen lassen zur Organisation, eine Kampfbereitschaft schaffen, die heute mehr als je not tut. Eine innerlich zerfetzte, uneinige, undisciplinierte Truppe ist nie aktionsfähig. Und der, der diesen Zerlegungsprozeß als sein Verdienst buchen kann, wird der späteren Generation als abschreckendes Beispiel gezeigt werden. Mit denen, die ihre Lebensaufgabe darin erblicken, alles das, was ihr kranker Blick ihnen als krank erscheinend läßt, zu zertrümmern, mit denen, die prinzipiell ihre

Parolen und Taktiken stündlich ändern ohne Rücksicht auf Zeit, Umstände und Umgebung, mit denen man eine zuverlässige Phalanx gegenüber dem starken Gegner Kapitalismus nicht bilden. Diesem muß man sich da auf den Standpunkt stellen, daß man es mit unbewußten Helfern der Bourgeoisie oder gar — auch dafür hat die Geschichte Beispiele — mit Söldlingen des Kapitalismus zu tun hat. Von diesem Verdacht aber kann sich jeder selbst befreien, indem er durch seine Tätigkeit im Gegenbeweis antritt und den Weg positiver Gewerkschaftsarbeit mit feinen Klassenpartnern gemeinsam betritt. Das Arbeitsfeld der Gewerkschaft ist so reichhaltig, daß für jede Intelligenz Raum vorhanden ist. Allerdings muß sich alles in bestimmten Grenzen bewegen. Die Grenzen werden durch Kongresse bestimmt. Diese geben die Plattform, auf der sich die eventuellen Gegenstände vereinigen können. Wer aber parteipolitische Tendenzen in den Vordergrund seiner Erwägungen stellt, soll nicht dabei vergessen, daß selbst bei einem sogenannten Meinungskampf und eventuellen Sieg dieser oder jener Richtung auch noch andere orientierte Gewerkschaftsgruppen da sind, die unter solchen Umständen gefährliche Kritiker sein können. Gefährlich nicht der Personen wegen, sondern gefährlich in dem Sinne, daß Zuspielen der Parteipolitik zur Zerstückelung der Organisation führt. Das bedeutet Aktionsunfähigkeit. Es zeugt von einer geradezu beispiellosen Anmaßung, wenn man versucht, uns das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten mit politisch anders orientierten Kollegen zum Vorwurf zu machen. Und ausgerechnet jene erheben Vorwürfe, die ein Vierteljahr vorher "Offene Briefe" an dieselben Parteien richteten, deren Kampfgemeinschaft sie heute als "ehrenrührig" betrachten. Nur wenn es die R. A. D. unternimmt, ist es gut und heilig. Es ist bitter traurig, daß diese plumpen Manöver von der Arbeiterschaft nicht durchschaut werden; doch für die Dauer reichen die "gesteigerten Konfliktstoffe" nicht aus. Diese Politik rächt sich bald an denen, die sie in die Wege leiteten. Die im Geiste des Sozialismus kämpfende Arbeiterschaft reinigt sich von der niederen Atmosphäre und erbaut eine starke Kampffront.

Erfüllt von dieser hohen Aufgabe werden die auf der gemeinsamen Amsterdamer Liste aufgestellten Gewerkschaftsgruppen die Tagung des Metallarbeiterverbandes in Jena beobachtet, hoffend, daß der gesunde Sinn der Metallarbeiter alle gefährlichen und niederen, nicht den Tatsachen entsprechenden Argumente fanatischer Resolutionsromantiker besiegen wird.

Nur der will ernstlich die Revolutionierung der Gewerkschaften, nur der will den Klassenkampfgedanken in den Gewerkschaften erhalten, der bei dieser Wahl

### Liste A

wählt. Die auf Liste A aufgestellten Gewerkschaftsgruppen geben die Gewähr, daß der Jener Verbandstag gesunde Gewerkschaftsarbeit leistet.

## Die kommende Brotpreiserhöhung

Die Regierung verbreitet durch das Wollische Bureau eine längere Erklärung, in der ausgeführt wird, daß das Reich nicht mehr in der Lage sei, die Verbilligung des Brotes im bisherigen Umfange fortzusetzen. Im laufenden Wirtschaftsjahre seien bereits 10 Milliarden Mark dafür aufgewendet worden und bis zum 31. März 1922 würden auch bei dem künftigen Brotpreis von 7 Mark noch Verbilligungszuschüsse in Höhe von 23—4 Milliarden Mark zu leisten sein. Der Reichstag habe ursprünglich eine Erhöhung der Brotpreise um etwa 50 Prozent in Aussicht genommen. Infolge eines Beschlusses des volkswirtschaftlichen Ausschusses habe sich das Kabinett entschlossen, den Brotpreis nur um 40 Prozent zu erhöhen. Zu der Befürchtung, daß das rationierte Brot in schlechter Beschaffenheit verabfolgt werden würde, lege kein Anlaß vor, zumal im neuen Wirtschaftsjahre die Brotproduktion fortläufig und das Brot nur aus reinem Brotgetreidemehl gebaden werden müsse. Die Kommunalverbände und Volkshilfsbehörden müßten jetzt darüber wachen, daß die Bevölkerung das rationierte Brot in schmächselhafter Zubereitung erhält.

Diese Erklärung klingt recht schön; aber das wichtigste fehlt in ihr: Was gedenkt die Regierung zu tun, um entsprechend der Verteuerung des Brotpreises eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zu veranlassen? Darüber schweigt die Regierung sich vollkommen aus. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben deshalb die Pflicht, den Abwehrkampf gegen die neue Verschlechterung der Lebenslage der minderbemittelten Bevölkerung aufs härteste zu führen. Das Proletariat wird es sich nicht gefallen lassen, daß den Agrariern Weltmarktpreise zugestimmt werden, während nichts geschieht, um die Lage der Arbeiterklasse zu heben!

## Amfliche Preistreiber

Durch das Tabaksteuergesetz werden Zigarren, Zigaretten und Tabak nach ihrem Verkaufspreis versteuert. Bei den meisten Zigaretten steigt die Steuerspanne immer um 10 Pfg., d. h. es gibt je einen bestimmten Steuerfuß für 30 Pfg., 40 Pfg. und 50-Pfg.-Zigaretten. Eine Steuerstufe, die mit 32 Pfg. verkauft werden könnte, müßte denselben Steuerfuß zahlen und erhält dieselbe Steuerbanderole wie eine 40-Pfg.-Zigarette. § 45 des Tabaksteuergesetzes schreibt vor, daß (soweit der Reichsfinanzminister nicht Ausnahmen zuläßt) jede Zigarette zu demjenigen Steuerfuß verkauft werden muß, zu dem sie versteuert wird. Der Reichsfinanzminister legt diese Bestimmung so aus, daß jeder Unternehmer verpflichtet ist, eine Zigarette, die er beispielsweise mit gutem Profit für 32 Pfg. verkaufen könnte, mit 40 Pfg. zu verkaufen.

Der Sinn des Paragraphen war natürlich ein anderer. Er sollte bezwecken, daß nicht die Unternehmer die Steuer dadurch umgehen, indem sie Zigaretten mit niedrigeren Steuerzeichen versehen, aber teurer verkaufen. Der Reichsfinanzminister macht daraus, daß die Unternehmer, die die Zigaretten billiger verkaufen könnten, sie teurer verkaufen müssen.

Der Reichswirtschaftsrat hat am 10. Juni beschlossen: „Der § 45 des Tabaksteuergesetzes ist dahin zu ändern, daß der versteuerte Bandrollepreis nicht länger Mindestverkaufspreis für Zigarren und Zigaretten bleibt.“ Nach Nr. 52 der „Reinigten Tabakzeitungen“ hat indes das Reichsfinanzministerium nachher den Unternehmern der Tabakindustrie erneut versichert, daß es auch künftig daran festhalten wolle, die Zigarren- und Zigarettenpreise künstlich in die Höhe zu treiben.

## Wie der Achttundentag wirkt

Eigentlich haben wir ihn ja noch nicht. Der Achttundentag gilt als Normalarbeitstag, das heißt, er soll weder überschritten, noch entscheidend unterboten werden. Gegenwärtig aber haben Hunderttausende überhaupt keine Gelegenheit zur Arbeit und andere Hunderttausende arbeiten aus Solidarität mit den Arbeitslosen weniger als acht Stunden. Das heißt, daß die volkswirtschaftliche, soziale und ethische Wirkung des Achttundentages noch nicht rein zu ermitteln ist. Wo sie aber festgestellt werden kann, da zeigt sie sich als höchst erfreulich. Den Verdiensten der Gewerbeaufsichtsbeamten entnehmen wir folgende Feststellung:

„Daß die durch den Achttundentag gewonnene Zeit dem Familienleben zugute kommt, konnte in Stadt und Land oft in erschütternder Weise beobachtet werden. Die Arbeiter versuchen, die augenblicklichen schwerigen Lebensbedingungen der Familien zu erleichtern und sehen auch zu Hause der Frau hilfreich zur Seite. Auf diese Weise werden am besten die großen inneren Werte der verkürzten Arbeitszeit gefördert.“

Diese Feststellung wird von den Beamten vor allem für die ländlichen Industriebezirke gemacht, sie gilt aber auch für die größeren Industriezentren, nur daß der „große innere Wert der verkürzten Arbeitszeit“ hier noch darin zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiter die freie Zeit zur intensiven Beteiligung an den Angelegenheiten ihrer Organisationen und an Gelegenheiten zu ihrer geistigen Ausbildung ausnützen. Vor allem aber beweist diese amtliche Aussage, daß die erst in jüngster Zeit öfters aufgetauchte Behauptung, die Arbeiter verwenden ihre größere Freizeit, um in den Wirtschaften zu prassen, eitel Verleumdung ist.

auch so, daß die sozialistische Geisteshaltung und Weltanschauung von innen her umgestaltet einwirkt. Am diese beiden Gesichtspunkte wird es sich also bei der Beantwortung der Frage nach der Stellung der Architektur im sozialistischen Zeitalter handeln müssen.

Zunächst sei hier der Einfluß der kommenden sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf die Architektur erörtert. Die schon oft geäußerte Bejahung, daß der Sieg des Sozialismus einen Übergang alles menschlichen Schaffens, das über die Erzeugung von Verbrauchsgegenständen hinausgeht, bedeuten würde, ist völlig unbegründet. Es wird vielmehr das Gegenteil der Fall sein. Die im kapitalistischen Zeitalter verwirklichte besondere Betonung der Wirtschaft als des wertvollsten Kulturgebietes wird wegfallen, wenn die Güterproduktion wieder zu dem geworden ist, was sie eigentlich ist: zu einer leider notwendigen und deshalb mit dem geringsten Aufwand von Kräften zu erledigenden, gemeinsamen Bewältigung der Natur um der Erhaltung des menschlichen Körpers willen. Der Sozialismus will ja gerade eine Reduzierung des heute für die Arbeiterklasse zur Lebenserhaltung notwendigen Kraft- und Zeit aufwandes, damit allen Menschen die Möglichkeit geboten sei, zu den eigentlichen Aufgaben des Menschseins zu kommen. Diese Aufgaben beziehen in der Gestaltung des Einzelnen, des Gemeinlebens und der Erde. Im Sozialismus ist also das Bewußtsein von dem entscheidenden Wert dieser höheren Arbeit enthalten.

Wenn man unter Kunst im weiteren Sinne die Aufgabe der Gestaltung aus einer reinen und menschlichen Gesinnung heraus (die sozialistische ist eine solche) versteht — und man muß das, wenn man die Kunst auf ihre allgemeinsten Grundlagen zurückführt —, hat früher die Architektur die erste Stelle bei der Lebens- und Erdgestaltung. Schon der einzelne übt Raumgestaltung, wenn er die Möbel in seinem Zimmer anordnet, wenn er sich einen Garten anlegt, wenn er sich eine Laube baut, wenn er irgendwelche Gegenstände für die Raumumgestaltung „plastisch“ um. Wenn der Sozialismus für diese Gestaltungen Zeit, Freiheit und die Möglichkeit zu einem freudigen Menschentum schafft, dann fördert er die Architektur und verwirklicht die Forderung: die Kunst sei ein Gemeingut aller. Diese Forderung bedeutet eben nicht nur Zugangsmachung und allgemeine Verbreitung der sogenannten höheren Kunstergüsse — für das Gebiet der Architektur wäre das: freier Zugang zu allen Kunstbauten und Ermöglichung schöner Arbeiterwohnungen —; auch damit ist die Forderung nicht erschöpft, daß man auch Proletariaten den Zugang zum Künstlerberuf frei macht, sondern es handelt sich um eine aktive Beteiligung aller an der Kunst, denn Kulturarbeit, d. h. Gesamtlebensgestaltung, muß von allen getragen werden. Das ist ja gerade die Unmöglichkeit der kapitalistischen

## Wie die öffentliche Meinung gemacht wird

Aus einer Erklärung Lloyd Georges im englischen Unterhaus erfährt man, daß die britische Regierung die Öffentlichkeit durch die Presse in genau derselben Weise zu beeinflussen sucht, wie es die Regierungen der anderen Länder tun. Das auswärtige Amt übergibt der „gutgesinnten“ Presse regelmäßig Mitteilungen; die „Times“ und die übrigen Blätter der Northcliffe-Presse hatten daneben aber auch Meldungen über die Maßnahmen der Regierung veröffentlicht, die ihr von anderer Seite zugegangen waren. Dafür sind diese Blätter dadurch bestraft worden, daß ihnen die offiziellen Mitteilungen des auswärtigen Amtes entzogen wurden. Lloyd George erklärte dazu, es sei unzulässig, daß in einem Augenblick, wo der Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Premier der Dominions Verhandlungen von höchster Bedeutung führe, ein Organ, das im Ausland zu Unrecht als Wortführer der englischen Meinung betrachtet werde, dem Außenminister in den Rücken falle. Das widerspreche der Ueberlieferung der Presse. Kein englisches Blatt, das irgendwelches Ansehen bei irgendeiner Partei genieße, habe jemals ähnliche Angriffe vorgebracht.

Man erkennt aus diesem Vorgang, daß die angebliche freie Meinungsäußerung der englischen Presse, soweit die Presse der bürgerlichen Parteien in Frage kommt, in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Wiedergabe der Meinung der Regierung.

## Die Klassenjustiz

Die rechtssozialistische „Frankfurter Volksstimme“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Klassenjustiz. Der Kampf gegen sie müsse in den Vordergrund der Ereignisse gestellt werden. Denn es sei einfach eine Schande, daß sich das Volk die Organe der Ungerechtigkeit gefallen lasse. Das im Reichstag angenommene Gesetz über den Volksentscheid gebe jetzt die Möglichkeit der direkten Gesetzgebung, und dieser Weg müsse beschritten werden. Das Blatt schreibt dann:

„Die Frage, wer Recht sprechen soll, ist eine reine Machtfrage. Wir haben die Pflicht, das zu vier Fünfteln aus Proletariaten bestehende Volk zu befragen, ob es die Geizhiebe der Klassenjustiz noch länger ertragen will oder nicht. Wir verlangen vom Parteivorstand, daß er sofort eine Kommission zur Ausarbeitung eines einwandfreien Gerichtsverfassungsgesetzes einberuft, das uns die direkte Volkswahl der Schöffen und Geschworenen bringt und die Juristen in den Strafrechtlichen auf das unvermeidliche Maß herabdringt, das aus Gründen der juristischen Arbeitsschwierigkeit nötig ist. An Juristen und urteilsfähigen Nichtjuristen, die gemeinsam ein brauchbares Gerichtsverfassungsgesetz ausarbeiten können, das die höchstmögliche Garantie für eine gerechte Rechtssprechung gibt, fehlt es uns nicht. Wenn die Partei diese Aufgabe nicht zu lösen bereit ist, müssen alle Klagen, alle Entrüstungsaktionen über die Klassenjustiz bald lächerlich wirken. Wenn wir die heutige Justiz nicht wollen, müssen wir klar zum Ausdruck bringen, welche Rechtspflege wir dem deutschen Volke an Stelle der jetzigen empfehlen.“

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bisher immer die Forderung: Wahl der Richter durch das Volk vertreten. Leider haben sich die Rechtssozialisten nicht mit der gleichen Entschiedenheit für diese Forderung eingesetzt, obwohl sie ein wichtiger Programmpunkt der sozialistischen Gegenwartsforderungen ist. Im Preussischen Landtag haben die Rechtssozialisten sogar bei der Verabschiedung des Justizgesetzes einen diesbezüglichen Antrag unserer Fraktion abgelehnt. Wenn sie jetzt diese alte Forderung wieder aufnehmen und mit der notwendigen Entschiedenheit verteidigen wollen, dann könnte tatsächlich auf dem Wege des Volksentscheids die Wahl der Richter durch das Volk erzwungen werden. Denn bei dem allgemeinen Haß, dem sich die heutige Rechtsprechung zugezogen hat, würde sicher eine starke Mehrheit für eine solche Gesetz zustande kommen.

Neuwahlen in Schweden. Der unter dem Vorh. des Königs tagende Riksdag beschloß, wie aus Stockholm gemeldet wird, den schwedischen Reichstag aufzulösen und Neuwahlen zur zweiten Kammer auf die Zeit vom 11. bis 18. September anzuberaumen.

## Die Architektur im sozialistischen Zeitalter

Von Adolf Misch

Die Kulturperiode Europas, die in unserer Zeit allmählich ihrem Ende immer näher rückt, nennt man mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Struktur das kapitalistische und mit Rücksicht auf die innere Haltung aller Kulturgebiete dieser Periode das individualistische Zeitalter. Dieser letzte Name deutet darauf hin, daß die Eigentümlichkeit dieser Epoche darin besteht, daß überall der einzelne und das einzelne herrscht. So ist zum Beispiel, auf dem Gebiet der bildenden Kunst die Darstellung des einzelnen schönen Menschen oder des einzelnen schönen Gegenstandes das erstrebte Ziel, und so gilt auf dem Gebiet der Wirtschaft das Nachstreben des einzelnen auf der Grundlage des Privateigentums (Kapitalismus). Der Individualismus war zwar ein Fortschritt gewesen gegenüber dem Mittelalter, denn die von ihm vorgenommene Befreiung aus der damals herrschenden Engherzigkeit, Geisteshaltung und wirtschaftlichen Gebundenheit hatte eine große Bereicherung unserer Kultur mit sich gebracht, aber die Vereinzelnung und das Fehlen jeglichen Gemeinschaftsgefühls mußte, je länger je mehr, zu einer großen Gefahr werden. Vor allem war dies auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Politik der Fall, denn hier mußten die Herrschgelüste des einzelnen zu einer Unentraglichkeit werden für alle, die nicht in der Lage waren, solche einzelne zu sein. So ist es nicht zu verwundern, daß gerade auf diesen Gebieten eine neue Wertung aufstehen mußte, die dazu ansetzte, die Not durch die Vernichtung der Einzelindividualität zu überwinden. Die unter dem wirtschaftlichen Individualismus lebenden Menschen konnten nicht mehr das Herrschen von einzelnen für wertvoll halten, sondern mußten sich einer neuen Betonung des Gemeinsamen aller Menschen zuwenden. Die Gemeinschaft, die Gemeinlichkeit der Völker wurde so zum erstrebenden Ideal. Der Sozialismus war und ist eine Notwendigkeit.

Mit dieser neuen Wertung wird aber nicht nur das Gebiet der Wirtschaft und in engem Zusammenhang damit das der Gesellschaftsordnung und der Politik entscheidend geändert; es werden selbstverständlich auch die anderen Kulturgebiete stark beeinflusst, so auch die Kunst und vor allem in ihr die Architektur. Sozialismus bedeutet eben nicht nur ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Ziel, sondern das Prinzip einer neuen, den Individualismus ablösenden Kulturperiode, d. h. in der sozialistischen Gesellschaft wird auch Kunst, Wissenschaft, Religion usw. sozialistisch sein müssen, und zwar nicht nur so, daß die Merkmale des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bauens auch für diese Lebensgebiete gelten müssen, sondern

Gesellschaftsordnung, daß die Kunst hier eine ausschließliche Angelegenheit der oberen Stände und der Erwerbszweige einer kleinen Menschengruppe ist. Das individualistische Zeitalter ist ja überhaupt das Zeitalter der Trennung, der Besonderung und der Spezialisierung: man trennte in scharf ausgeprägte Klassen, man trennte in Kunstschüler und in solche, für die die Kunst nicht in Betracht kam, man trennte in Künstler und in Nichtkünstler. So entstand die Entartungserscheinung der Salonkunst, die aufgehört hat, ein Faktor der Gesamtlebensgestaltung zu sein. Es ist also unbedingt notwendig, der Kunst durch die aktive Beteiligung aller, wie sie der Sozialismus ermöglicht, wieder eine breite Tragfähigkeit zu geben, wenn man ihrem langsamen Sterben in defektanter Ueberfeinerung und Spezialisierung und aus Mangel an urwüchsiger Bodenständigkeit Einhalt gebieten will.

Vor allem muß die Architektur zu einem neuen Aufblühen wieder das werden, was sie von Haus aus ist: eine soziale Kunst. Der Bau muß hervorgehen aus dem Gesamtwillen der Menschen und nicht aus dem Willen eines einzelnen oder einer irgendwie bestimmten Gruppe; denn das Bauwerk ist eine Erscheinung des Volkslebens und nicht ein Mittel zur Manifestierung persönlicher Herrschaftsansprüche (daher die profane Aufgeblasenheit der kapitalistischen Denkmäler, Dome, Willenshöfen und Fabrikburgen); und der Bau ist ein Teil der sich schmelzenden Erde, kann also nur dem Willen aller Erdbewohner entspringen. Diese allgemeine Teilnahme am Bau muß weiter zu einem tatsächlichen Mitbauen und Mitgestalten werden. Der Architekt wird so seiner Herrscherstellung entthronen. Vorläufige Skizze des Baues, Weiterführung und Fertigstellung wächst aus der innigen Wechselbeziehung zwischen Baumeister, Werkleuten und Volk hervor. Einzelne Teile werden einzelnen Mitbauenden zur selbständigen Gestaltung überlassen. So wird der Bau ein Organismus (Einheit in der Mannigfaltigkeit) entsprechend der organischen Einheit des Volkes im sozialistischen Zeitalter.

So wie der Sozialismus die Aufhebung der Klassentrennungen mit sich bringt, so läßt er auch die individualistische Erscheinung unendlicher Spezialisierungen verschwinden. Die handwerkliche Grundlage des Lebens wird von ihm neu betont und die Notwendigkeit einer solchen Arbeit in gewissem Umfang für alle hervorgehoben. Für den Architekten würde eine solche Forderung Rückkehr zum Handwerk bedeuten. Diese Folgeerscheinung des Wirtschaftssozialismus ist aber auch um der Sache willen nur zu begrüßen, denn die Kunst ist nicht fernbar und der Beruf eines Künstlers so ein Un Ding. Künstler kann jeder sein, der die handwerklichen Grundlagen beherrscht. Architekt ist einer der Bauhandwerker, der dem Gesamtwillen Ausdruck zu verleihen versteht. Und die anderen und das Volk sind Mitarchitekten, Mitbauende.

# Handelsabkommen zwischen Ungarn und Tschechien

Budapest, 18. Juli

In Beantwortung einer Interpellation über die tschechisch-ungarischen Verhandlungen in Marienbad erklärte Außenminister Graf Banffy, Ungarn sei bestrebt, ein normales Verhältnis mit seinen Nachbarn im Interesse der europäischen Konsolidierung herzustellen. Zu diesem Zwecke sei die ungarische Regierung auch zu Opfern bereit. In Marienbad seien Fragen des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs besprochen und ein kurzfristiges Handelsübereinkommen über den Austausch tschechischer Kohle gegen ungarisches Mehl vereinbart worden. Ein großes oder längeres Übereinkommen sei gegenwärtig nicht in Aussicht. Es sei jedoch nicht unmöglich, daß später eine weitere Annäherung erzielt werde. Die ungarische Regierung habe allerdings betont, daß die ihr durch den Frieden von Trianon auferlegten Lasten das Höchstmögliche der Verpflichtungen bildeten, die Ungarn annehmen könne. Der Minister sprach schließlich die Hoffnung aus, daß ein freundschaftliches Verhältnis erzielt werde auf Grund der Erkenntnis, daß man aufeinander angewiesen sei. Dies müsse zur Entspannung der gegenwärtigen politischen Atmosphäre führen.

## Der weiße Terror

E enthüllungen eines ungarischen Abgeordneten

U. A. Budapest, 17. Juli

Die Angriffe, welche die Opposition gegenwärtig gegen die ungarische Regierung richtet, erteilt in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ihren Höhepunkt durch eine Rede des Abgeordneten Beniczky, in der grünenhafte Einzelheiten zur Sprache kamen. Beniczky, der Ligist, aber Hortisfeind ist, brachte, gestützt auf unanfechtbare Dokumente, zahlreiche Fälle von Terror vor, die er der Regierung zur Last legte. Einige Einzelheiten waren bereits früher in die ausländische Presse gelangt, von den amtlichen ungarischen Organen aber stets dementiert worden. Der Abgeordnete führte unter großer Unruhe des Hauses ungefähr folgendes aus:

In zahlreichen Teilen des Landes besteht heute noch ein Zustand, der sich in nichts vom System Bela Kun unterscheidet, nur mit dem Unterschied, daß an die Stelle des roten der weiße Terror getreten ist. Kleine Gruppen von Offizieren und „Erwachenden Ungarn“ halten die Bevölkerung in Schrecken und verhindern die friedliche Arbeit. In konkreten Fällen seien folgende erwähnt: In Kecskemet erschien bald nach dem Einzuge der Nationalarmee das Detachement des Oberleutnants Hójas, umgingelte das dortige Gefängnis, in dem Kommunisten gefangen saßen, und verschleppte 63 Häftlinge in den nahe gelegenen Wald von Ordogany. Sämtliche 63 Personen wurden nach schweren Mißhandlungen an den Bäumen aufgehängt. Die Polizeibehörde von Kecskemet verurteilte, sich diesem Terrorakt zu widersetzen, wurde aber von Hójas mit dem Tode bedroht. Am gleichen Tage wurden sämtliche wohlhabenden Juden des Ortes verschleppt und ihr Besitz an Gold und Schmuckstücken geraubt. Einige Tage später fand man die Leichen der Verschleppten in einer Grube. Man hatte ihnen die Schädelbedeckung mit Knäueln zertrümmert. Der Polizeihauptmann erstattete über diese Vorfälle Bericht an das Ministerium; die eingeleitete Untersuchung mußte aber eingestellt werden, weil eine unbekannte höhere Gewalt sich einmischte. Hójas und seine untergebenen Offiziere verjubelten das geraubte Geld und sind noch heute auf freiem Fuß, ja sogar Angehörige der Nationalarmee.

Ähnliche Ereignisse gingen in dem Orte Zsák vor. Dort wurden von sämtlichen wohlhabenden Bürgern unter Todesdrohungen große Geldsummen erpreßt. Zahlreiche Personen wurden verschleppt und es fehlt bis heute von ihnen jede Spur. Gegen die wohlhabenden Juden wurden Internierungsbescheide erlassen und dann ihr gesamter Besitz für beschlagnahmt erklärt. Auch Schwerverrannte wurden in die Internierungslager verschleppt, der Oberstaatsrichter sagte: „Wer krank ist, soll entweder gesund werden oder freier sein.“ Der Führer der Terroristenbande war der Leutnant Franziska K. J., der eigenhändig drei Bürger ermordete und heraubte. Auf die zahlreichen Beschwerden wurde er verhaftet, aber schon nach wenigen Wochen auf höheren Befehl freigelassen und befindet sich seitdem als Angehöriger der Nationalarmee auf freiem Fuß. Auch mehrere führende Männer der „Erwachenden Ungarn“ waren an diesen Verbrechen beteiligt. Gemäßigtere Elemente, die gegen die Morde protestierten, wurden mit Stockhieben bestraft. Die Terroristen trieben es so weit, daß zahlreiche Einwohner von Zsák sich nach der Hauptstadt flüchteten und bis heute nicht wagten, in ihre Heimat zurückzukehren.“

Zu diesen von der Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft bedingten Veränderungen kommt dann noch die innere Umgestaltung durch die sozialistische Geisteshaltung und Weltanschauung. Ein Merkmal dieser neuen Seelenstellung ist das Drängen auf allumfassende Synthese und auf liebende Einordnung. Das bedeutet für die Architektur das Bewußtwerden ihrer höheren Aufgabe der Zusammenfassung aller bildenden Künste. So wie man vom Einzelmenschen zur Gemeinschaft übergeht, so von der Einzelkunst zur Architektur. Bild und Plastik werden vom sozialistischen Weltgefühl dem architektonischen Rahmen eingeordnet und sind von ihm abhängig. Das transportable Rahmenbild ist eben nur eine individualistische Zufälligkeit und eine kapitalistische Ware.

Eine „sozialistische“ Erweiterung der Architektur tritt auch infolgedessen ein, als sie die Gestaltung der Gemeinschaftsbedürfnisse (Wohnungsplan, Erbbestimmung usw.) umfaßt und damit die Gesamtlebenshaltung im Sinne des Sozialismus wesentlich bestimmt.

Am wichtigsten ist aber der Einfluß der neuen Seelenstellung auf den architektonischen Stil selbst. Wenn man hier auch noch nicht genauere Angaben machen kann, so wird es doch klar sein, daß die sozialistische Architektur in ausgeprägtem Gegensatz zur kapitalistischen stehen muß. Wenn diese charakterisiert ist durch eine schmaltzige, aristokratisch sein wollende Monumentalität, so wird es sich bei jener handeln um ein heiteres, liebevoll geschwungenes Weisheit. Typische Beispiele der ersten Art sind das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, Dom und Reichstagsgebäude in Berlin, und der zweiten Art, die Entwürfe von Bruno Taut in seinen Veröffentlichungen: „Stadtkrone“, „Alpine Architektur“, „Weltbaumeister“ und „Auflösung der Städte“. Im individualistischen Zeitalter sind die Einzelnen oder die einzelnen Gruppen immer darauf bedacht, in Bauwerken ihr besonderes Selbstbewußtsein, ihre besondere machtvolle Hoheit, ihr stolzes Herabsehen auf andere und ihre Exklusivität zu betonen. Das Sich-abheben von den anderen, tiefer stehenden Menschen, wird dokumentiert durch eine kalte, abgehängte Fassade, durch proklame Monumentalität, durch schwalligen Schmuck und durch eine starke Geschlossenheit. Dieses letztere Moment begründet die Vorliebe der kapitalistischen Architektur für die Antike. Der griechische Tempel ist der Typ eines begrenzten, in sich abgeschlossenen, völlig gemessenen Bauwerkes, das ohne Liebe zur umgebenden Landschaft und zum überragenden Himmel nur sich selbst liebt. Diesen ausgeprägten Individualismus zeigen mehr oder weniger alle kapitalistischen Gebäude. Demgegenüber ist das Prinzip des Sozialismus in seiner Vollendung die Liebe, die Hingebung zum Genossen und zu allen Menschen, die Liebe zu allem Leben, zur Erde, zu unserem Planeten, ja darüber hinaus, die Hingabe an Himmel, Sterne, Weltall und Kosmos.

Dieser Seelenstellung entspricht die Form: der Individualist, der sich selbst zu behaupten sucht, bevorzugt die Horizontale

Abgeordneter Beniczky führte dann weiter aus, daß diese Fälle nur einen kleinen Bruchteil aller vorgekommenen Gewalttaten darstellten. Er sei im Besitze zahlreicher weiterer Dokumente, die er bei Gelegenheit vorlegen werde. Die Verantwortung für alle diese Terror-Akte treffe die Regierung; denn die Zahl der Terroristen sei so gering, und ihre Namen seien so bekannt, daß es ein Leichtes sein müsse, sie unschädlich zu machen. Weiter fragte der Redner, wie es möglich sei, daß immer noch fast täglich Leichen aus der Donau gefischt werden, und warum die ungarische Presse durch die Zensur verhindert werde, über diese Tatsachen zu berichten. Als der Abgeordnete im weiteren Verlauf seiner Rede die Person des Reichsverweisers Horty erwähnt, verbietet ihm der Präsident, den Reichsverweiser in diesem Zusammenhang zu nennen. Beniczky forderte schließlich die Regierung auf, die Schuldigen zu verhaften und der Bestrafung zuzuführen.

Die Rede zielte ungeheures Aufsehen hervor. Die christlich-nationale Bereinigung unterbrach den Redner fortwährend mit Zwischenrufen, wie: „Vaterlandsverräter“, „Judenhölle“ usw. Ministerpräsident Botkay ergriff darauf das Wort zu einer beruhigenden Erklärung und versprach strengste Untersuchung der Angelegenheit.

## England und die Leipziger Urteile

London, 19. Juli

Der Parlamentarierkorrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, das Unterhausmitglied Major Christophor habe eine Anfrage an das Unterhaus gerichtet zur Unterstützung eines Antrages, der dem Unterhaus vorgelegt worden ist. Nach diesem Antrag soll das Haus seine Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Leipziger Prozesse ansprechen und die Regierung auffordern, Schritte zu unternehmen, um die Bestimmungen des Versailleser Vertrages zur Anwendung zu bringen.

Ein anderer Abgeordneter fragte, warum der Kapitän Vahig, der sich in Danzig aufhalte, nicht verhaftet werde. Hierauf antwortete der Solicitor-General, gemäß dem Friedensvertrage sei Danzig freie Stadt, und die deutsche Regierung dürfe hier keine Verhaftungen vornehmen. Außerdem habe sich die englische Regierung auf der Konferenz zu Spaa verpflichtet, sich nicht in die Aburteilung der Relegatschuldigen mischen zu wollen.

## Das irische Problem

London, 19. Juli

„Daily Chronicle“ meldet, daß die gestrigen Besprechungen Lloyd Georges mit De Valera und Kabinettsmitgliedern von Ulster die Lösung des irischen Problems nicht gefördert hätten. Bis jetzt sei keine Grundlage gefunden worden, die zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter Nord- und Süd-Irlands mit der englischen Regierung führen könnte. Lloyd George halte die Lage indes nicht für aussichtslos, er hoffe, daß noch eine Einigung gefunden werden könne. Die Minister von Nord-Irland sind gestern abend nach Belfast zurückgekehrt. Sir James Craig erklärte vor seiner Abreise, im Augenblick sei die Lage die, daß Lloyd George keine Besprechungen mit De Valera fortsetzen werde. Wenn De Valera das Selbstbestimmungsrecht für Irland verlange, so sei zu bemerken, daß Ulster von diesem Recht bereits Gebrauch gemacht habe und sein eigenes Parlament besitze. Es bleibe also nur noch übrig, daß England und Irland sich einigten.

## Kriegsbericht aus Anzora

CC. Paris, 19. Juli

Ein offizieller Heeresbericht aus Anzora bestätigt die griechische Offensiv- und die türkische Defensiv-Operationen der Linie Denizli-Kazim-Bacha befehlen. Man legt sich in Anzora Rechenschaft darüber ab, daß die Hauptanstrengungen der Griechen sich auf den Abschnitt von Uşak konzentrieren. Die türkischen Truppen ziehen sich, dem Bericht zufolge, kämpfend zurück und fügen dem Feinde schwere Verluste zu. Eine liegende türkische Abteilung hat die 130 Meter lange Eisenbahnbrücke von Kapanlar in die Luft gesprengt. In anderen Meldungen zufolge haben die Griechen die Stadt Kirdus niedergebrannt. Von 1200 Häusern blieben nur 7 unzerstört.

Starikung eines Schwarzen. Dienstag früh wurde, wie aus Mainz gemeldet wird, auf dem Großen Sand bei Gonsenheim der Raubmörder Mohammed Ben Ahmed von der 1. Maschinen-gewehrkompanie des 6. marokkanischen Schützenregiments, et-

und die starre Säule, der Sozialist liebt die Vestikale, die geschwungene Linie, die Rundung, die zuerst die Mitmenschen umfloßt und dann nach oben den Himmel einfaßt. Schon die Gemeinschaftsfindung wird Kreisform zeigen gegenüber der früheren vieredigen Abgeschlossenheit. Die Wohnhäuser werden aus der Liebe zur Erde aufwachen in irdischen Formen: Kautourhöhlen, unregelmäßigen Schalen und Steinen, Walspizeln, Wäldchen usw. Die öffentlichen Bauten spiegeln das liebevolle Umschließen aller Unregelmäßigkeiten und Verschiedenheiten der Menschen in weiten, lofen und lockeren Wölbungen. Ihre Formgebung wird getragen sein von dem Gefühl, daß in ihnen, und besonders noch in den heiligen Bauten, ein Stück Welt-raum gestaltet wird. Gegenüber der früheren individualistischen Endlichkeit werden sie so überindividuelle Unendlichkeit betonen in Himmels- und Sternformen. Und die Milde, verbunden mit freudiger Menschlichkeit wird alles in leuchtenden, reinen und himmlischen Farben aufblühen lassen.

Diese der sozialistischen Idee entspringenden Umgestaltung der Baukunst, bahnen sich jetzt schon immer mehr an den utopischen Entwürfen verschiedener Architekten. An uns ist es, dafür zu sorgen, daß diese Zukunftsbilder nicht schöne Träume bleiben, sondern helle, beglückende Wirklichkeit werden.

Können Insekten schlafen? Nicht nur bei den Tieren, sondern auch bei den Insekten hat man neuerdings festgestellt, daß sie teilweise ganz regelrecht schlafen. Mit Ausnahme der Nachtinsekten, die dafür bei Tage ruhen, schlafen die Insekten fast immer während des Nachts, wie sie auch gern trübe oder Regenzeit vorziehen. Dabei hat man zahlreiche und auch sehr eigenartige Schlafstellungen beobachtet. So schlafen z. B. viele Insekten in einer alles eher als bequemen Körperhaltung; sie heften sich an einem Pflanzenstängel in der Weise fest, daß der Körper frei in der Luft hängt, während Beine und Flügel dem Körper fest anliegen. Besonders seltsam ist die Schlafstellung einiger Wespeln, die sich gleichfalls an einem Stängel festheften, dabei aber den Rücken nach unten und den Hinterleib rechtwinklig dem Rücken zugewandt legen, bis ihr Körper mit der Stängelstange einen Winkel von etwa 60 Grad bildet. Besonders merkwürdig ist die schlafende Haltung der flatterlosen Wespentelchen der frischgrünen Wespen vor. Merkwürdigerweise ist der Schlaf der Insekten ziemlich fest, so daß selbst oft bei Berührung nicht gleich erwachen, während sie sobald die Sonne aufsteht, schnell von selbst wachen. Mit Hilfe künstlicher Verbundung kann man Insekten übrigens leicht auch willkürlich zum Schlafen bringen.

## Tages-Notizen

Gefährliche Mitteln: S. Willenswurz. — Genaue: Das Gebirge mit dem Rudolf Berg. Montag: Der dicke Baum von Rudolf Berg. — Besondere: Eine Gesellschaft zur Verhinderung von Selbstmord mit dieser Tage gegründet worden. Die Idee geht vom Märtyrer Wanda-Monier aus.

schossen, der am 27. Mai vom Kriegsgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war.

## Die französischen Kommunisten vor Gericht

Daß die aus der mit Belinfrämpfen begleiteten Spaltung in Tours hervorgegangene französische kommunistische Partei eine ganz merkwürdige Mischung darstellt, ist hinreichend bekannt. Es war daher auch von vornherein zu erwarten, daß der Moskauer Kongreß dieses jüngste Kind, das aber zugleich zu den größten Gliedern der kommunistischen Internationale gehört, mit Mißtrauen betrachten würde. Das ist denn auch erfolgt, und obwohl die offiziellen Moskauer Berichte darauf zurückzuführen sind, die in Moskau zutage tretenden Gegensätze der Öffentlichkeit gegenüber zu verdecken, so ermöglicht doch ein knapper Bericht der kommunistischen „Humanité“ einen hinreichenden Einblick in diesen Teil der Moskauer Verhandlungen.

Als Hauptankläger gegen die französische kommunistische Partei erhoben sich Keilands, der Vertreter der luxemburgischen kommunistischen Partei, Laporte, der Vertreter der französischen kommunistischen Jugend, Kosowstj und Bela Kun. Keilands warf der Partei mangelnde Energie gelegentlich der Befehle des Ruhrgebietes vor und beklagte vor allen Dingen, daß die kommunistische Partei nicht einmal gegen die Befehle Luxemburgs durch französische Truppen protestiert habe, die gegen streikende Arbeiter gerichtet war. Die Anklagen des jungen Laporte bewegten sich in derselben Bahn. Eine noch erheblich schärfere Kritik übten Kosowstj und Bela Kun. Kosowstj bemängelte, daß den französischen Kommunisten überhaupt jeder Klassenkampf fehle und Bela Kun stellte — nicht mit Unrecht — fest, daß die Berliner „Freiheit“ weit revolutionärer wäre als das französische kommunistische Zentralorgan, die „Humanité“. Da haben wir die Befehlung!

Bemerkenswert ist, daß die Entgegnungen von Trotsky, Lenin, Sinowjew und Loriot absolut keine Verteidigung der französischen kommunistischen Partei darstellten, sondern sich nur auf eine Kritik der Kritiker beschränkten. Lenin führte aus: Ich will die französische Partei nicht verteidigen. Aber wenn die Partei von ihren Mitgliedern kaltes Blut und Disziplin fordert, hat die Linksorientierung nicht zu klagen. Der Opportunismus in der Partei muß bekämpft werden, aber — man muß sich auch vor dem Radikalismus hüten.

Einem Beschluß ist man jedoch in Moskau ausgewichen. Offenbar sind die Sinowjew und Genossen der Auffassung, daß ihnen die opportunistische französische Parteileitung vorderhand noch gute Dienste leistet und daß bei einer jetzt vorgenommenen Ausschiffung der Opportunisten aus der französischen kommunistischen Partei nur wenig Anhänger der Dritten in Frankreich mehr übrig bleiben.

## Groß-Berlin

### Waldbrände

Infolge der Trockenheit und Hitze der letzten Tage ist das Unterholz des Grunewaldes und der anderen Nadelwälder in Berlins Umgebung so feuergefährlich geworden, daß gestern nicht weniger als vier Brände in der nächsten Umgebung von Berlin gelöscht werden mußten. Besonders an den Bahnhöfen Heerstraße und Rennbahn hatten sich große Brandherde entwickelt. Dort standen in einem Umfange von mehreren hundert Quadratmetern Hartrautler, Reißig, Gestrüpp und auch einzelne Bäume schon in hellen Flammen, als die Charlottenburger Feuerwehr anteilte.

Da Wasserflößen nicht in der Nähe waren, mußte man das Feuer in der Weise bekämpfen, daß man um die Brandherde Gräben zog, um so den Umfang des Feuers zu beschränken. Dann ging man dem brennenden Unterholz zuleibe, indem man mit Schaufeln und Spaten Erde darauf schüttete. Da sich das Publikum energisch an den Löscharbeiten beteiligte, gelang es, das Feuers Herz zu werden. Auch an zwei anderen Stellen im Grunewald gab es gestern kleinere Brände, ebenso bei Sadowa.

Auch aus der Nacht werden zahlreiche Wald- und Wiesenbrände gemeldet, so aus Brandenburg, Jüterbog, Müncheberg, Draniensburg, Bernau und Werneuchen.

Bei dieser großen, von jedem zu erkennenden Gefahr, sollte es gar nicht nötig sein, erst darauf hinzuweisen, daß Ablochen und Rauchen im Walde unverantwortlich leichtsinnig und gefährlich ist. Wenigstens in diesen heißen Tagen könnte doch wohl bei den Ausflüglern einmal die Vernunft und das Verantwortungsgefühl über das Raubbedürfnis siegen. In den vier Fällen im Grunewald ist der Brand durch achilles weggeworfene Streichhölzer und Zigarettentaste entstanden; ebenso war am Sonntag bei Strausberg ein besonders gefährlicher Berliner zu beobachten, der seinen „Rasenwärmer“ (bei der Höl) an einem Kiefernstamm anstoppelte!

### Eine brutale Ermittlung

Der Arbeiter Keschel, Familienvater von vier schulpflichtigen Kindern, wohnt in Steglitz, Hubertusstr. 2, hatte in diesem Hause drei Jahre lang zur Zufriedenheit des Besitzers die Portierstelle bekleidet. Das Miets- und Tätigkeitsverhältnis änderte sich bei der Übernahme des Hauses durch einen Pferdehändler, Herrn Voigt. Besonders der Frau sah in dem Portier einen Kuli, der sich ihren Anordnungen, die in einer Zeitlang gegeben wurden, ohne weiteres zu fügen habe. Eine Zeitlang ließ sich der Arbeiter dieses Treiben gefallen, bis ihm die Geduld riß und er erklärte, für die Wohnung die volle Miete zahlen und keine Portierarbeit mehr leisten zu wollen.

Die Wirtin erwirkte darauf die Kündigung beim Miet-einigungsamt und gleichzeitig einen Beschluß des Amtsgerichts auf Ermittlung. Die Frau des Arbeiters wurde zum Wohnungsamt, wo sie täglich auf die drohende Obdachlosigkeit ihrer Familie hinwies, in dem bei den Berliner Wohnungsämtern üblichen Ton abgewiesen.

Während der Abwesenheit des Ehepaars und der Kinder erzwang die Räumung der Wohnung im Belstein von zwei Strobeamten. Die Möbel und Wirtschaftsgegenstände wurden nach Berlin in einen Speicher gebracht. Der obdachlose und völlig mittellos dastehende Familie wurde Unterkunft im Armenhause angeboten, der Arbeiter nahm aber lieber die Hilfsbereitschaft von Verwandten in Anspruch. Nach mehrerer tägiger Arbeitslosigkeit, die er auf der vergeblichen Suche nach einer Wohnungserfahrung erlitt, wurde ihm endlich eine Kellerwohnung zugeteilt. Zur Rückforderung seiner Sachen von Berlin nach Steglitz mußte er, ein Darlehen von 250 M. aufnehmen. Außerdem mußte er feststellen, daß ihm eine ganze Reihe von Wirtschaftsgegenständen gestohlen

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk**  
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen o. 30 Mk. an.  
Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Inzuxorale.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße. 1**

